L20
AUSTRALIA 2014

In Zusammenarbeit mit

ITUC CSI IGB TUAC Global Unions

# HOCHWERTIGE ARBEITSPLÄTZE UND EIN INKLUSIVES WACHSTUM SCHAFFEN: DIE ROLLE DER G20

## ERKLÄRUNG DER LABOUR 20* ANLÄSSLICH DES G20 GIPFELS

BRISBANE, AUSTRALIEN, NOVEMBER 2014


| | |
|---|---|
| **Zusammenfassung** | 1 |
| **Maßnahmen der G20 für ein nachhaltiges Wachstum und hochwertige Arbeitsplätze** | 2 |
| **Federführung der G20 beim Klimaschutz und beim grünen Wachstum** | 4 |
| **Beschleunigung der Reformbestrebungen im Hinblick auf die Besteuerung und Finanzmarktregulierung** | 5 |
| **Sicherstellen, dass Handel und Zulieferketten zur Schaffung menschenwürdiger und sicherer Arbeitsplätze beitragen** | 6 |
| **Zusagen verbindlich einhalten und die Koordination verbessern** | 7 |


*"Am vordringlichsten ist es, die Dynamik des globalen Aufschwungs zu steigern, mehr Wachstum und bessere Arbeitsplätze zu schaffen."*

*Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G20 von St. Petersburg*[1]

## Zusammenfassung

Die Weltwirtschaft ist mit schwachem Wachstum, hoher Arbeitslosigkeit, unzureichenden Investitionen, einer wachsenden Arbeitsplatzlücke und einer immer größer werdenden Einkommensungleichheit konfrontiert. Die Volatilität auf den Finanzmärkten hält an und die Herausforderungen in der Klima- und Entwicklungspolitik bleiben ungelöst. Krisen wie der Konflikt im Nahen Osten und die Ebola-Epidemie in Westafrika machen deutlich, wie eng Volkswirtschaften und Gesellschaften ungeachtet ihrer geografischen Lage oder ihres Entwicklungsstandes miteinander vernetzt sind.

* Die Labour 20 (L20) vertritt die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der G20 Ebene. Sie setzt sich aus Gewerkschaften aus den G20 Ländern sowie den internationalen Branchengewerkschaft Verbänden (GIFs) zusammen und wird vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und vom Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss (TUAC) bei der OECD koordiniert.

1 Abschlusserklärung des G20-Gipfels von St. Petersburg, September 2013

Die durch die Labour 20 (L20) vertretene internationale Gewerkschaftsbewegung appelliert an die Staats- und Regierungschefs der G20, zu diesem kritischen Zeitpunkt die Federführung zu übernehmen und mit erforderlichem politischen Willen, praktische Maßnahmen zur Stützung der Nachfrage, zur Schaffung guter Arbeitsplätze und zur Gewährleistung einer integrativen und nachhaltigen Entwicklung zu ergreifen.

**Die Staats- und Regierungschefs der G20 sollten:**

- sich in einem Brisbane Aktionsplan auf eine ausgewogene Mischung von Maßnahmen zur Ankurbelung der Nachfrage, zur Steigerung niedriger Einkommen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen einigen (Abs. 1-4);
- Investitionen in die öffentliche Infrastruktur beschleunigen und Investitionsziele für die nächsten fünf Jahre beschließen (Abs. 4);
- weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit früheren Zusagen zur Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze und Ausbildungsangebote für junge Menschen initiieren (Abs. 4);
- sich zu einem ehrgeizigen Plan verpflichten, der vorsieht in ein emissionsarmes Wachstum zu investieren und Treibhausgasemissionen zu reduzieren (Abs. 5);
- die politischen Entscheidungsprozesse beschleunigen, die Steuergerechtigkeit gewährleisten und den BEPS-Aktionsplan umsetzen (Abs. 6);
- früheren Zusagen bezüglich der Finanzmarktregulierung und dem Ende von Banken, die "zu groß sind zum Untergehen», erforderliche Maßnahmen folgen lassen (Abs. 7);
- sicherstellen, dass Handel und Zulieferketten zur Schaffung menschenwürdiger und sicherer Arbeitsplätze beitragen (Abs. 8-9);
- frühere politische Zusagen einhalten, die Koordination innerhalb der G20 vor allem in Finanz- und Beschäftigungsfragen ausweiten und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Prozessen der G20 und auf nationaler Ebene einbeziehen, um das Vertrauen der Menschen in eine Konjunkturerholung wiederherzustellen (Abs. 10).

## Maßnahmen der G20 für ein nachhaltiges Wachstum und hochwertige Arbeitsplätze

**1** Die Finanzminister und Zentralbankgouverneure der G20 haben sich im Februar 2014 dazu verpflichtet, das BIP in den Ländern der G20 in den kommenden fünf Jahren gegenüber dem gegenwertigen Wachstumspfad um mehr als 2% zu erhöhen[2]. In den nachfolgenden Monaten ist jedoch deutlich geworden, dass die G20 von diesem Kurs abgekommen ist. Im Laufe des Jahres 2014 haben die wichtigsten internationalen Institutionen ihre globalen Wachstumsprognosen immer wieder nach unten korrigiert. Das langsamere Wachstum in Schwellenländern und die wachsende Gefahr einer Deflation in der Eurozone bergen erhebliche Risiken für Arbeitsplätze und Lebensstandards. Sparprogramme und stagnierende Einkommen erwerbstätiger Familien schränken das Wachstum in vielen Volkswirtschaften weiter ein. Je länger die Arbeitslosigkeit hoch bleibt oder weiter zunimmt, desto größer ist die Gefahr, dass daraus aufgrund einer „Narbenbildung" ein strukturelles Problem wird.

**2** Die L20 ist überzeugt, dass ein neuer Ansatz erforderlich ist. Die erwerbstätigen Menschen weltweit brauchen jetzt höhere Einkommen. Öffentliche Investitionen müssen ausgeweitet werden, um das Wachstum anzukurbeln und mit Blick auf eine solide langfristige Entwicklung dafür zu sorgen, dass dieses Arbeitsplätze schafft und integrativ ist. Die G20 hat die Stichhaltigkeit einer solchen Strategie bei ihrem Gipfel von St. Petersburg im September 2013 anerkannt. Die Arbeits- und Finanzminister der G20 haben bei ihrem gemeinsamen Treffen im Juli 2013 die *„Implementierung von den Arbeitsmarkt beeinflussenden Maßnahmen und sozialen Investitionen"* zugesagt, *„die die gesamtwirtschaftliche Nachfrage unterstützen und Ungleichheiten verringern, z.B. durch*

2 https://www.g20.org/australia_2014/finance_ministers_and_central_bank_governors_meeting

*Produktivitätssteigerungen auf breiter Basis, zielgerichteten sozialen Schutz, angemessene Mindestlöhne unter Berücksichtigung der nationalen Lohnfestsetzungssysteme, tarifliche Regelungen und andere Maßnahmen zur Verstärkung des Zusammenspiels zwischen Produktivität, Löhnen und Beschäftigung"*[3]. Bei dem Treffen selbst wurde die Notwendigkeit einer engen Abstimmung der Maßnahmen zwischen den einzelnen Regierungsressorts sowie politischer Kohärenz unter den G20-Mitgliedern deutlich. Die Tatsache, dass die Umsetzung der Zusagen überfällig ist, bestätigt dies.

**3** Der Aktionsplan von Brisbane muss umfassende Maßnahmen vorsehen, um "die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu unterstützen und Ungleichheiten zu verringern", wie 2013 zugesagt, und durch Koordinierungsprozesse auf nationaler und G20-Ebene für politische Kohärenz sorgen. Haushaltsvorschriften, die öffentliche Investitionen einschränken, sollten geändert werden, da es sich bei diesen um den wirksameren Ansatz handelt, Infrastruktur bereitzustellen. Die für die L20 vorgenommenen wirtschaftlichen Simulationen[4], die beim Treffen der Arbeits- und Beschäftigungsminister der G20 in Melbourne und beim Finanzministertreffen in Cairns vorgelegt wurden, zeigen, dass eine abgestimmte Mischung aus lohn- und investitionspolitischen Maßnahmen – anstatt einfach so weiterzumachen wie bisher – bis 2018 bis zu 5,84% mehr Wachstum in den G20-Ländern schaffen könnte.

## Argumente für einen ausgewogenen Maßnahmen-Mix: Die Modellierungsergebnisse der L20

Die L20-Simulationen zeigen, dass *"Eine abgestimmte Mischung von Maßnahmen in den G20-Ländern zur zielgerichteten Erhöhung des Anteils der Löhne am BIP um 1%-5% in den nächsten 5 Jahren und öffentlichen Investitionen in soziale und physische Infrastrukturen um 1% des BIP in jedem Land kann bis zu 5,84% mehr Wachstum in der G20 schaffen, woraus die starken Auswirkungen einer lohngestützten Konjunkturerholung auf die Binnennachfrage deutlich werden, die etwaige negative Folgen auf Nettoexporte oder private Investitionen ausgleichen."* Mit dieser Strategie könnte das Ziel von 2% Wachstum übertroffen und das bei Beibehaltung des derzeitigen Kurses für 2018 erwartete Jobdefizit in der G20 von 64 Millionen halbiert werden.

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um in die Infrastruktur zu investieren. Die Regierungen sollten zunächst fiskalpolitischen Spielraum nutzen, um Investitionen in die öffentliche Infrastruktur vorzunehmen. Haushaltsvorschriften, die öffentliche Investitionen einschränken, sollten geändert werden, da es sich bei diesen um den wirksameren Ansatz, um Infrastruktur bereitzustellen, handelt. Dort, wo private Mittel erforderlich sind, sollten diese im Einklang mit hohen Normen und Prinzipien für langfristige Investitionen unter Berücksichtigung von Standards zur Risikostreuung, Transparenz und Rechenschaftspflicht eingebracht werden.

**4** Die L20 fordert die Staats- und Regierungschefs der G20 daher nachdrücklich auf, sich zu den nachstehenden Maßnahmen zu verpflichten, die bereits bei den Treffen der Arbeits- und Beschäftigungsminister sowie der Finanzminister und Zentralbankgouverneure diskutiert wurden, einschließlich:

- der Beschleunigung von beschäftigungsintensiven Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und der Verbesserung des langfristigen Produktionspotenzials durch die Förderung des Übergangs zu einer emissionsarmen Wirtschaft, die grüne und menschenwürdige Arbeitsplätze schaffen kann;

3 http://en.g20russia.ru/news/20130719/781660747.html

4 http://www.ituc-csi.org/new-l20-modelling-shows-how-the

- der Integration von Investitionszielen in nationale Wachstums-, Industrie- und Beschäftigungspläne für die kommenden fünf Jahre und der Mobilisierung von institutionellen Investoren, einschließlich der Arbeitnehmer-Pensionsfonds, indem die hochrangigen Prinzipien der G20/OECD für langfristige Investitionsfinanzierung durch institutionelle Anleger umgesetzt, ein verantwortungsvolles Geschäftsverhalten von Firmen und Anlegern entlang der gesamten Investitionskette etabliert und die Rechenschaftspflicht und Transparenz von Finanzintermediären gewährleistet wird;
- der Anhebung niedriger und mittlerer Einkommen zum Abbau der Ungleichheit und zur Erzeugung von Kaufkraft in Volkswirtschaften sowie des Übergangs zu gerechten und progressiven Steuersystemen;
- der Stärkung der Arbeitnehmerrechte und der Sozialschutzsysteme, um Menschen aus informellen Arbeitsverhältnissen herauszubringen und zu verhindern, dass formelle Tätigkeiten in die informelle Wirtschaft verlagert werden;
- des Abbaus informeller und prekärer Beschäftigungsverhältnisse und der Förderung integrativer Arbeitsmärkte, indem die Erwerbsquote schwacher Gruppen, vor allem von Frauen, jungen Menschen und Angehörigen ethnischer Minderheiten, erhöht wird, u.a. durch Investitionen in Kinderbetreuungseinrichtungen und die "Pflegewirtschaft";
- der Einführung eines globalen sozialen Basisschutzes, um die Verfügbarkeit einer allgemeinen Gesundheitsversorgung und Altenpflege und grundlegender öffentlicher Dienstleistungen sicherzustellen;
- der Förderung der Beschäftigung junger Menschen, indem umfassende Jugendstrategien und Jugendgarantien eingeführt werden, inklusive Beratungen, Stellenangeboten, Berufsausbildungsmöglichkeiten, qualitativ hochwertiger Praktika und Ausbildungsplätze, wie von der L20 und B20 gefordert, und indem Investitionen in eine qualitativ hochwertige öffentliche Bildung erhöht werden.

## Federführung der G20 beim Klimaschutz und beim grünen Wachstum

**5** Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze. Die L20 ersucht die Staats- und Regierungschefs der G20 eindringlich, in Brisbane Investitionen in ein emissionsarmes Wachstum voranzutreiben und einen ehrgeizigen und gerechten Plan zum Emissionsabbau zu beschließen, um den Erfolg der multilateralen Klimaverhandlungen in Paris in 2015 zu gewährleisten. Sie sollten:

- einen für alle Parteien verbindlichen, ehrgeizigen und gerechten Plan zum Emissionsabbau beschließen;
- sozialen Dialog fördern, um Forschung und Entwicklung zu vertiefen, und technologische Innovationen begünstigen, um den industriellen Wandel zu beschleunigen;
- umfangreiche Ressourcen zum Grünen Klimafonds beisteuern, einschließlich öffentlicher Mittel wie Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer (FTS) oder der Kohlenstoffsteuer, und die Entwicklung grüner Anleihen fördern, um verantwortungsvollen Anlegern langfristige Investitionsmöglichkeiten zu bieten;
- Strategien für einen gerechten Übergang („Just Transition Strategies") unterstützen, wenn ein industrieller Wandel erforderlich ist, um hochwertige Arbeitsplätze und die Existenzgrundlagen von Beschäftigten zu schützen, die in energieintensiven und vom Klimawandel am stärksten betroffenen Sektoren beschäftigt sind;
- erreichbare Ziele im Hinblick auf Ernährungs- und Energiesicherheit festlegen und nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten fördern, um zu einem grünen Wachstumsmodell überzugehen, das Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung in Einklang bringt;

- die externen Kosten von Treibhausgasemissionen in Preismechanismen integrieren und gleichzeitig parallele Maßnahmen konzipieren, um arme Haushalte und Verbraucher zu schützen und Aufklärungsarbeit zu leisten.

## Beschleunigung der Reformbestrebungen im Hinblick auf die Besteuerung und Finanzmarktregulierung

**6** Die L20 befürwortet den von der G20 unterstützten Aktionsplan der OECD gegen die gegen Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen (BEPS) seitens multinationaler Unternehmen. Die im September vorgelegten BEPS-Zwischenberichte der OECD sind bezüglich der wirksamen Umsetzung des Aktionsplans ermutigend. Einige Aspekte des Plans geben jedoch nach wie vor Anlass zur Besorgnis, einschließlich der länderspezifischen Berichterstattung. Die L20 befürwortet zudem die Verpflichtung zur Inkraftsetzung des OECD-Standards für einen automatischen Informationsaustausch zwischen Steuerbehörden, um Steuerhinterziehung einzudämmen. Beide Instrumente müssen konkret umgesetzt werden. Die L20 appelliert an die G20-Regierungen:

- sich zur generellen Offenlegung der länderspezifischen Steuer-Berichterstattung multinationaler Konzerne zu verpflichten. Der aktuelle BEPS-Vorschlag der OECD sieht lediglich eine Berichterstattung gegenüber den Steuerbehörden vor. Die vollständige oder partielle öffentliche Offenlegung wird derzeit nicht in Erwägung gezogen. Dieser restriktive Ansatz bezüglich der Körperschaftssteuer-Rechenschaftspflicht wird nicht dazu beitragen, das Vertrauen der Menschen in den Beitrag globaler Konzerne zur wirtschaftlichen Entwicklung wiederherzustellen;
- die Beteiligung von Entwicklungsländern sowohl am BEPS-Prozess als auch an der Umsetzung des OECD-Standards für den automatischen Informationsaustausch in Steuerfragen durch konkrete institutionelle Unterstützung zu ermöglichen. Das derzeitige Format für die Beteiligung der Entwicklungsländer am BEPS-Aktionsplan sieht ausschließlich regionale "Konsultationen" vor und ist insgesamt unzureichend. Die G20 sollte finanzielle Ressourcen und institutionelle Kapazitäten mobilisieren, um den Steuerbehörden in Entwicklungsländern dabei zu helfen, die Anforderungen des BEPS-Aktionsplans und des OECD-Standards zu erfüllen, u.a. durch flexible, stufenweise Übergangsbestimmungen;
- sich mit der Besteuerung des Schattenbankensystems und privater Kapitalpools auseinanderzusetzen. Es ist an der Zeit, dass die G20 konkrete Maßnahmen ergreift und einen umfassenden Ansatz zur Besteuerung und zu Finanzmärkten anwendet. In ihren Zwischenberichten zum BEPS-Aktionsplan räumt die OECD Schwierigkeiten bei der steuerlichen Behandlung des Schattenbankensystems (einschließlich der "Repo»-Märkte der Banken) und privater Kapitalpools (einschließlich privater Beteiligungs- und Hedgefonds) ein. Die jeweiligen Aktionspläne der G20 gegen Steuerhinterziehung und für eine Finanzmarktreform sind viel zu lange gesondert behandelt worden.

**7** Bei den von der G20 beschlossenen Finanzmarktreformen werden viel zu langsame und unzureichende Fortschritte gemacht. Bei einer Reform der Finanzmärkte muss sichergestellt sein, dass die Investoren künftig auf kurzfristige Spekulationsgeschäfte verzichten und stattdessen auf langfristige, produktive und engagierte Anlagestrategien setzen. Obwohl einige wichtige Regulierungsreformen eingeleitet worden sind, einschließlich der Stärkung von Aufsichtsregeln, sind die Bemühungen des Finanzstabilitätsrates (FSB) um die Auseinandersetzung mit den systemischen Risiken des Schattenbankensystems und der Banken, die "zu groß zum Untergehen" sind, noch lange nicht abgeschlossen. Je größer eine Bank wird, desto größer sind die "impliziten" öffentlichen Garantien auf ihre Verbindlichkeiten und die damit einhergehenden Kostenvorteile. Weitere Verzögerungen erscheinen sehr wahrscheinlich, wie der jüngste Beschluss der G20-Finanzminister gezeigt hat, dem zufolge zunächst eine weitere "Konsultationsrunde" mit dem Bankensektor stattfinden soll, bevor eine endgültige Entscheidung bezüglich der Banken, die "zu groß zum Untergehen" sind, getroffen wird. Unterdessen

kommt es weiterhin in großem Umfang zu Spekulationen auf den Finanzmärkten, u.a. bei der Umstrukturierung von Staatsschulden, wie die jüngsten Erfahrungen in Argentinien gezeigt haben. Die L20 appelliert an die G20-Regierungen, den Aktionsplan des FSB ambitionierter zu machen und durch folgende Maßnahmen zu beschleunigen:

- Beauftragung des FSB, des IWF und der OECD, die Arbeit an einer Aufsichts- und Strukturreform der Banken, die "zu groß zum Untergehen" sind, fortzusetzen, einschließlich international harmonisierter Maßnahmen zum Schutz von Privatkundengeschäften vor volatilen Handels- und Investmentbanking-Geschäften;
- Unterstützung der Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die auch für börsennotierte Wertpapiere und außerbörsliche Derivate (OTC-Derivate) gilt, sowie die Ergreifung zusätzlicher Maßnahmen, um Spekulationsgeschäfte einzudämmen, auch bei Umschuldungen, und die Ressourcen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung einzusetzen, im Einklang mit der Forderung nach einem umfassenden Steuer- und Finanzkonzept.

## Sicherstellen, dass Handel und Zulieferketten zur Schaffung menschenwürdiger und sicherer Arbeitsplätze beitragen

**8** Die G20 und ihre Mitglieder müssen sicherstellen, dass multilaterale und regionale Handelsabkommen sowie globale und regionale Prozesse in der Entwicklungszusammenarbeit mit den internationalen Arbeitsnormen sowie mit nachhaltigen und integrativen Entwicklungszielen und -prinzipien vereinbar sind und beispielsweise einen uneingeschränkten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und zum sozialen Dialog auf Länderebene garantieren. Die L20 appelliert an die G20-Regierungen:

- sicherzustellen, dass die Zulieferketten durch gesetzliche Garantien und Überwachungsverfahren von Sklaverei, informellen Tätigkeiten und anderen Formen von Zwangs- oder prekärer Arbeit befreit werden;
- existenzsichernde Mindestlöhne und soziale Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten in globalen Zulieferketten einzuführen;
- der Erklärung der Staats- und Regierungschefs von Brisbane, eine Erklärung zu sicheren Arbeitsplätzen hinzuzufügen, einschließlich eines Maßnahmenpakets zum Schutz von Menschenleben und zur Gewährleistung einer Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Zulieferketten im Einklang mit der IAO-Agenda für menschenwürdige Arbeit;
- zu garantieren, dass die Arbeitnehmerrechte und Sicherheit am Arbeitsplatz in regionalen und bilateralen Handelsabkommen auf der Grundlage international vereinbarter Standards auf dem Rechtsweg durchsetzbar sind;
- sicherzustellen, dass die Maßnahmen der G20 den Entwicklungsländern politischen Spielraum lassen, und die Rolle der G20 in den Post-2015 und anderen internationalen Prozessen zur Entwicklungszusammenarbeit zu überprüfen;
- Mechanismen zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten (ISDS), denen es an Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit, Legitimität und Transparenz fehlt, zu beenden und sich darum zu bemühen, den Investitionsschutz und die Verantwortung der Investoren und die Rechte von Staaten, der Bevölkerung und der Arbeitnehmer wieder ins Gleichgewicht zu bringen;
- die Rolle der Nationalen Kontaktstellen bei der Umsetzung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und der Leitlinien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte zu stärken;
- eine soziale und ökologische Berichterstattung obligatorisch zu machen, um die Rechenschaftspflicht multinationaler Konzerne in Bezug auf nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte in Entwicklungsländern zu stärken.

**9** Der G20-Gipfel findet zu einem Zeitpunkt statt, zu dem die Ebola-Epidemie in Westafrika bereits unzählige Opfer gefordert hat und dringend internationale Solidarität und gemeinsame Maßnahmen erfordert, einschließlich konkreter Unterstützung vor Ort und finanzieller Hilfe. Die L20 weist auf die Vernetzung unserer Volkswirtschaften und Gesellschaften hin. Einzelne Lücken beim Schutz der öffentlichen Gesundheit und in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung werden zu einer Gefahr für Menschen weltweit. Darüber hinaus stehen die Beschäftigten im Gesundheitswesen beim Kampf gegen die weitere Ausbreitung der Ebola-Epidemie in vorderster Front, wie die Zahl der Todesopfer unter ihnen gezeigt hat, und benötigen dringend angemessene Schutzausrüstung und Sicherheitsprotokolle sowie all unsere Unterstützung.

## Zusagen verbindlich einhalten und die Koordination verbessern

**10** Ein Maßnahmenpaket, das die Nachfrage steigert, die Ungleichheit vermindert und hochwertige Arbeitsplätze schafft, hätte die Unterstützung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und würde den von der Krise betroffenen Ländern dringend benötigtes Vertrauen zurückgeben. Um Fortschritte zu erzielen und den Zusagen der G20 Folgemaßnahmen anzuschließen, bedarf es einer stärkeren Abstimmung zwischen den einzelnen Regierungsressorts sowie politischer Kohärenz unter den G20-Mitgliedern. Dies beinhaltet:

- über „Aktionspläne" hinauszugehen, die lediglich bereits existierende Maßnahmen beinhalten, und stattdessen abgestimmte Maßnahmen zu ergreifen und neue spezifische Verpflichtungen einzugehen, die auf nationaler und internationaler Ebene umgesetzt werden können – in der G20-Erklärung gemachte Zusagen müssen sich in konkreten politischen Veränderungen auf nationaler Ebene niederschlagen;
- die Umgestaltung der G20-Task Force Beschäftigung zu einer G20-Arbeitsgruppe, die mit einem starken Mandat ausgestattet ist, um mit den Finanzministern und Zentralbankgouverneuren der G20 zusammenzuarbeiten, um mithilfe der internationalen Organisationen und Sozialpartner abgestimmte Maßnahmenpakete zu entwickeln;
- politische Kohärenz durch ein gemeinsames Treffen der Arbeits- und Finanzminister im Jahr 2015;
- die Organisation von Konsultationen mit Sozialpartnern sowohl bei den Ministertreffen als auch bei den Gipfeln der Staats- und Regierungschefs, sowie die Einbeziehung der Gewerkschaften in die Umsetzungs- und Dialogprozesse auf nationaler Ebene, um der Stimme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Gehör zu verschaffen.

L20
AUSTRALIA 2014

# ERKLÄRUNG DER LABOUR 20 ANLÄSSLICH DES G20 GIPFELS

BRISBANE, AUSTRALIEN, NOVEMBER 2014


**Global Unions**
www.global-unions.org

**BWI**
www.bwint.org

**EI**
www.ei-ie.org

**IAEA**
www.iaea-globalunion.org

**IFJ**
www.ifj.org

**IndustriALL**
www.industriall-union.org

**ITF**
www.itf.org.uk

**ITUC**
www.ituc-csi.org

**IUF**
www.iuf.org

**PSI**
www.world-psi.org

**TUAC**
www.tuac.org

**UNI**
www.uniglobalunion.org